

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Provinzialen Carl Wendemuth, für die Inzertenteilung Rudolf Roganski. Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krelling, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzertionengebühr: Inzertionswörter 25 Pfennig im Monat, im Ausland 75 Pfennig. Die tägliche Kolonialzeitung 20 Pfennig. — Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernruf: 5407. — Setzungspreisliste Seite 411.

Nr. 125.

Halle, Dienstag den 4. Juni 1918.

2. Jahrgang.

Französische Gegenangriffe gescheitert.

Kriegsernährung und Sterblichkeit.

Die lettische Frage.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Leipzig wurde auf die große Sterblichkeit hingewiesen und besonders eine auffallend hohe Zahl der Sterbefälle in den öffentlichen Anstalten festgestellt. Im weimarischen Landtage hat der sozialdemokratische Abg. Leber die Regierung über eine auffällig große Zahl von Erkrankungen im Wartungsgebo für Kinder als Zielort befragt. Von den erkrankten Kindern sind viele gestorben. Diese Erkrankungs- und Sterbefälle werden auf mangelhafte Ernährung zurückgeführt. Doch dies ist in der Zeit der Fall, es erfolgt auch aus dem Berichte, den die Finanzdeputation des sächsischen Landtages über die Landesanstalten erstattet hat. Daraus geht hervor, daß die größere Sterblichkeit in den Anstalten in der Tat auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen ist und eine allgemeine Erscheinung zu sein scheint.

Dem Berichterstatter über das Kapitel Landesanstalten war aufgefallen, daß die Zahl der Gefangenen und der Kranken in den Anstalten in letzter Zeit wesentlich geringer geworden war, obwohl man unter den Wirkungen des Krieges das Gegenteil für näherliegend halten sollte. Erforschungen und Auswärtigen mit den Regierungsvertretern führten zu der Feststellung, daß die Ursache der Verringerung des Bestandes an Kranken und Gefangenen einen sehr einfachen Hintergrund hat. Die Hauptursache ist nämlich, so heißt es in dem schriftlichen Berichte, die außerordentlich schnell und schließlich gefundene Sterblichkeit, die besonders im Jahre 1917 zu beobachten war. Die große Sterblichkeit aber ist in erster Linie zurückzuführen auf die Krise der Ernährung während des Krieges. Gewisse Krankheiten, wie Ruhr und Tuberkulose, sind die unmittelbare Folge der mangelhaften Ernährung, besonders bei Verwunden, die an sich schon dazu disponiert sind. Bei einer Veranschaulichung der Situation im Vogtland für weibliche Verwundete machte der Berichterstatter die Beobachtung, daß die Anzahl dort überfüllt war. Sie ist auf 330 Köpfe berechnet; zur Zeit befinden sich aber 438 Insassen dort. Die Unterernährung hat hier stark in die Erscheinung. Dem Berichterstatter waren auch Klagen über mangelhafte Ernährung von Gefangenen der Weimarer- und Erziehungsanstalt, Meißner Hof, Chemnitz, ausgegangen. Die Ernährungsverhältnisse scheinen hier etwas günstiger zu liegen, was wohl auf eine ausgeübte eigene Wirtschaft zurückzuführen ist. Deshalb scheinen hier auch die Sterblichkeitsverhältnisse etwas günstiger zu liegen. Mit der Anzahl ist ein Mangelerscheinung für Kriegshilfen verbunden. Dem Berichterstatter fiel auf, daß der Unterschied in der Beförderung zwischen dem Weimarerlager und den übrigen Anstalten recht groß war. Während im Weimarerlager an fünf Tagen in der Woche Fleischfett vorgelesen ist, findet sich für die untere Klasse der Gefangenen an zwei Tagen Fleisch vorgelesen. Dieser gibt es aber in der letzten dreimal wöchentlichen, die für das Weimarerlager ganz fehlen. Wenn trotz dieses Mangelerscheinung die Sterblichkeit unter den Gefangenen die geringe waren, so ist dies darauf zurückzuführen, daß jugendliche Personen sich den ungenügenden Ernährungsverhältnissen gegenüber widerstandsfähiger zeigen als Ältere. Die Folgen der Unterernährung zeigen sich dann aber im späteren Lebensalter.

Die ungenügenden Einflüsse der Ernährung auf Insassen der Landesanstalten werden auch in einem dem Berichte angehängten Regierungserklärung festgestellt. Krankheiten und Tod haben — so heißt es in der Regierungserklärung — in den Anstalten reichere Ernte geerntet als in der frei lebenden Bevölkerung. Das Bild, das der Gesundheitszustand der Anstaltsbevölkerung hier, zeigt manchen trüben Schatten, besonders für das Jahr 1917. In den Heil- und Pflegeanstalten tritt besonders die Ruhr wie sich. Diese Erkrankung erfolgt nicht nur bei den Gefangenen, sondern sie ist auch ein Charakteristikum der Bevölkerung. Wie wir oben gesehen haben, betrafte der Berichterstatter die Ruhr und die Tuberkulose als die unmittelbare Folge der Unterernährung. Man führt allerdings die Regierungserklärung fort: „In den Straf- und Erziehungsanstalten und beim gesamten Personal, wo auf Sondererwerb trotz Mangel an Ernte besserer gehalten werden konnte, trat die Ruhr nur ausnahmsweise auf.“ Was in der einen Anstalt möglich ist, sollte doch überall durchführbar sein.

In schnelleren Tempo nahm in den Anstalten die Tuberkulose zu. Hierfür konnte nur die veränderte Ernährung, insbesondere der Mangel an Fett, die Ursache sein. Der Mangel an Fett ist die bei fast jedem Menschen latent vorhandene Tuberkulose meist mobil werden und frische Ausbreitung von Tuberkulose besonders in den Lungen und dem Darm auslösen. Da die hygienischen Verhältnisse in den Landesanstalten dieselben geblieben waren, wie in Friedenszeiten, in denen z. B. gerade die Tuberkulose ganz auffallend zurückgegangen war, kann das Auffreten der Krankheit in dem geschilderten Umfange nur auf die Unterernährung geschlossen werden, die hier ebensoviele wie bei der frei lebenden Bevölkerung zu verzeichnen war. Ruhr und Tuberkulose trat in den Anstalten, und

hier besonders in den Strafankalten, häufig die sogenannten Dehemkrankheit auf und in Verbindung damit Zustände von Geschwäche und fruchtloser Blutbildung, die nicht selten ganz plötzlich und unerwartet zum Tode führten. Ähnlich verhielten sich Erleichterungsanstalten. Diese Erkrankungen müssen gleichfalls auf die gegen die bisherige Gewohnheit vollständig ungewohnte und im Weimarer veränderte Ernährungsweise zurückgeführt werden, ferner wohl auch auf den Mangel an Stärkungsmitteln wie Bier, Laub und Wein.

Wie außerordentlich die Sterblichkeitsziffern in den Anstalten in die Höhe geschwellt sind, zeigen folgende Angaben in der amtlichen Darstellung:

Die Sterblichkeit in den Heil- und Pflegeanstalten betrug nach dem Jahresberichte: Dresden vom 1. 1. 1914 bis 31. 7. 1914 (Friedenszeit) gleich 4,96 v. S., vom 1. 8. 1914 bis 31. 12. 1917 (Kriegszeit) gleich 12,80 v. S., in den Strafankalten in den entsprechenden Zeitabschnitten 0,82 v. S. und 9,72 v. S., in den Erziehungsanstalten 1,83 v. S. und 2,00 v. S.

Es war am höchsten in den Strafankalten, mit Ausnahme von Vogtland und Baunatal, wo jugendliche und weibliche Einrichtungen untergebracht sind, geringer in den Heil- und Pflegeanstalten, ganz gering in den Erziehungsanstalten. Das jugendliche Alter der Häftlinge mag auch hier die Hauptursache der Erleichterung sein.

Die größte Sterblichkeit fiel in das Jahr 1917. Bis August 1918 hatte sie gegenüber den früheren Jahren zugenommen, was an der abnehmenden Sterblichkeit 1917 noch nie aber anfalls über die Zeit Regierung des letzten Jahres ist es erst wieder teilweise wieder im Abnehmen begriffen.

Obst man den Ursachen der Verminderung der Sterblichkeitsziffern nach, so ergibt sich, daß auch hier an der Zunahme die Ernährungsverhältnisse die Schuld tragen.

Zum Schluß der Regierungserklärung heißt es, daß die Staatsregierung kein Mittel unterlassen gelassen habe, die Schäden, die der Krieg den Landesanstalten gebracht habe, zu lindern, soweit es in ihrer Macht stand. Dies sei zwar nicht allenfalls gelungen. In der letzten Zeit sei aber eine erhebliche Besserung in den Ernährungs- und Sterblichkeitsverhältnissen der Anstalten eingetreten, eine Erscheinung, die bei der zu erwartenden allgemeinen Besserung der Kriegslage noch weitere Fortschritte machen dürfte. Unter der Besserung der Kriegslage, auf die die Regierung ihre Hoffnung setzt, kann hier doch wohl nur die Besserung der Ernährungsverhältnisse verstanden werden. Jedenfalls zeigt aber die amtliche Darstellung, welche schlimme Wirkung die Unterernährung auf den Gesundheitszustand und die Sterblichkeit der Anstaltsinsassen ausgeübt hat. Es ist ein trübes Bild, das sich hier der Öffentlichkeit entrollt. Daraus darf man auch auf die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der frei lebenden Bevölkerung gewisse Schlüsse in der Kriegszeit ziehen. (S)

Im Tiefenortler Rettungshause.

Dem Berliner Tageblatt wird aus Weimar gemeldet:

Die Zustände im dem Rettungshause zu Tiefenort waren Gegenstand einer Anfrage im weimarischen Landtag. Der Abgeordnete Dr. E. Ullrich erwiderte, daß im letzten Jahre eine größere Anzahl bei untergeordneter Kindererkrankung und ein Teil der erkrankten Kinder bereits gestorben sei. Die Erkrankungen seien noch ärgsten Beschaffenheiten auf die mangelnde Ernährung zurückzuführen. Um jeden sechs Todesfälle insfolge der Unterernährung bekannt geworden.

Auf die Anfrage hat in der letzten Landtagssitzung Weimarer Staatsrat Dr. Ullrich geantwortet. Er führte aus, daß die im allgemeinen bestehenden Ernährungsverhältnisse natürlich auf die Folgezustände im Lande betroffen hätten. Man habe insofern vielfach damit aufzunehmende Krankheiten, besonders Tuberkulose, schließen müssen. Ferner sei festgestellt worden, daß die Ernährung in den Anstalten im allgemeinen nicht schlechter habe als sonst und nicht als Ursache dieser Krankheiten bezeichnet werden könne. Abgeordneter Leber ist höher im Vortrag, wenn er behauptet habe, ein Mangelerscheinung der Jänner Kaffee habe ihm dieses mitgeteilt; mindestens habe er den Krieg fast vollständig verstanden. Die Regierung habe ihren Weimarervertretern in die Anstalt geschickt, und dieser habe den Zustand der Gefangenen als durchaus befriedigend erklärt, vor allem habe er keine beträchtliche Unterernährung im allgemeinen feststellen können. Die Regierung habe daher keinen Anlaß, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Abgeordneter Leber machte nach dieser Erklärung den Zwischenruf: Dann sind die Jänner Kaffee zugunsten und erhielt dafür vom Präsidenten eine Rüge.

Die weimarsche Regierung scheint an die ungenügende Angelegenheit nicht mit der Unbefangenheit heranzutreten zu sein, wie es die sächsische Regierung im sächsischen Landtage getan hat.

Selten wohl ist eine nationale Frage so einfach gelöst wie die lettische. Daß über diese Frage in den Zusammenhängen es ganzen Politik der Völkerverhältnisse eine unklare Stellung erhalten hat, läßt sich nur dadurch erklären, daß zunächst bei dieser Frage im Spiele sind, die geradezu aus einer Verdrängung und Mißachtung dieser wichtigen Teilfrage des Völkerverhältnisses hindern. Unter diesen Umständen haben an erster Stelle diejenigen des deutschen baltischen Großgrundbesitzes, für den es natürlich von Wichtigkeit ist, eine möglichst enge Angliederung des ganzen baltischen Landes an Preußen zu erreichen. Aus diesen Kreisen sind denn auch die eifrigsten Versuche gemacht worden, die Verhältnisse des lettischen Landes so darzustellen, als ob das lettische Volk ganz unumwunden wäre und für eine eigene Staatspolitik gar nicht in Frage komme. Man hat wiederholt in allseitigen Zusammenhängen seine Stimmen, daß die Letten ein Volk an Anknüpfungen seien, wenn man sich sehr leicht zu überzeugen ist, so sind es derartige Behauptungen. Man braucht nur einige Vergleichsrechnungen anzustellen, um eines anderen überzeugt zu werden. Nicht weniger als 95 Prozent jenseit in den baltischen Provinzen lebend. Im Jahre 1910 hatte Lettland nicht weniger als 98 Mittelstädte mit 22 000 Schülern. In derselben Zeit gab es in Bulgarien bloß 25 Mittelstädte, in Rumänien 75, in Griechenland 40. Die Zahl der lettischen Studenten an verschiedenen Hochschulen betrug im Jahre 1913 nicht weniger als 1850, während Schweden in derselben Zeit nur 1200 zählte, Norwegen 1400, Dänemark 1400. Diese Zahlen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Ein Volk, das bereits über eine gute Allgemeinbildung verfügt, ist natürlich schwer zu bezwingen bei einer hohen Intelligenz zu entwickeln deren Vertreter Befähigung in ganz hohem Maße finden — kann wohl nicht weniger reich an intellektueller Tätigkeit sein als jedes andere Volk. Soweit also die lettische Frage bzw. die Frage der Wahrung eines lettischen Staates von der kulturellen Vorbereitung des Volkes abhängig gemacht werden darf, kann wohl kein logischer Einpruch gegen eine derartige Entwicklung zu einem lettischen Nationalstaat erhoben werden.

Nicht selten hört man auch, ein staatlich organisiertes Lettland wäre ein unbedenklicher Meinstaat. Auch das trifft nicht zu, denn Lettland umfaßt im ganzen 63 076 Quadratkilometer, Belgien 29 454, Holland 34 186, Dänemark 28 969. Von den deutschen Bundesstaaten sind lediglich Bayern und Preußen größer als das lettische Land. Auf dem Territorium dieses Landes lebt eine komplexe lettische Nationalität. Auf dem Lande überwiegt sie sogar 95 Prozent. Die deutsche Bevölkerung bildet in diesem Gebiet einen sehr geringen Prozentsatz, im ganzen sind es nicht mehr als etwa 120 000, von denen gegen 100 000 in den Städten Riga, Libau und Mitau leben. Weidmännlich ist es, daß in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Deutschen sowohl absolut als relativ abgenommen hat. Will man also bei der Neuordnung der baltischen Verhältnisse staatlich und völklich einheitliche Gebilde schaffen, so ist es für die staatswissenschaftliche Auffassung wohl eher wünschenswert, daß das lettische Land sehr wohl zu einem staatlichen Ausgebildeten der nötigen Grundbesitz und in hohem Grade selbständig und selbständig der Weltteilnahme teilhaftig ist aber Lettland in zwei klar getrennte Gruppen: auf der einen Seite die Letten mit dem lettischen Kleinrentenbesitz, dem lettischen Bürgerum und der lettischen Arbeiterkraft, auf der anderen der noch stark ererbte wirtschaftliche Großgrundbesitz mit Gütern, die die Größe der ostbaltischen weit übersteigen. Dieser Besitzverhältnisse ist das wirtschaftliche Fundament der beiden Angliederungsbestrebungen, die durch solche Vorbedingungen auf die Reproduktion Lettlands und Estlands hinwirken. Gegen diese Bestrebungen treten die beiden Völkerverhältnisse — sowohl die Letten als auch Esten — geschlossen auf. Der Staatsrat wird sich in verschiedenen Verhältnissen den größten Wert sein, und es ist kein Geheimnis, daß es in Deutschland mehr, doch die Letten und Esten mit nur geringen, kann in Betracht kommenden Ausnahmen für die handelspolitische und völkerechtliche Neutralisierung Lettlands und Estlands eintreten.

Dem Reichstagler ist vor kurzem eine Denkschrift der Grafen die lettischen Nationalitäten, der die Vertretung aller lettischen Parteien bildet, überreicht worden, in welcher der begreifliche Standpunkt eine ausführliche Begründung findet. Es dürfte wohl zu wünschen sein, daß man die beiden Völkerverhältnisse des lettischen Landes in Deutschland kennen lernt und sie beurteilt prüfen. Man würde feststellen, wenn Versuche gemacht werden sollten, das lettische Problem anders zu lösen, als es die baltischen Völker selbst wünschen. Eine Lösung, die das lettische Volk zu einem unabhängigen öffentlichen Fortbestehen machen würde, dürfte nur weitere Vermittlungen und Klärungen erziehen und in keiner Weise das lettische Problem aus der Welt schaffen. Ein Fehler wäre es auch, zu meinen, daß es sich bei diesem Problem um den Schutz des Minorität in einem Lande kam durch staatsrechtliche Maßnahmen geschaffen werden und auch das lettische Staatsvolk würde gegen eine derartige staatsrechtliche Garantie nichts einzuwenden haben.

Wahrung der besten Eigenschaften und -weiter Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, sowohl an die Generaldirektion der Reichspostämter als auch an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, bereitwillig, um einen weiteren Auftrieb der Eisenbahnwerke zu verhelfen. ...

Nachfrage nach Rittergütern.

Die goldene Ära der deutschen Landwirtschaft hat ein wahres Fortleben um den Besitz an landwirtschaftlich nutzbarren Grund und Boden hervorgerufen. Der jüngst von einem Berliner agrarischen Blatte veröffentlichten Spekulations-Parallele gegenüberzustellen. In welchem Maße die Nachfrage nach Gütern lebte heute, am Ende des vierten Jahres, nach dem fähigen Erntest der Krieg doch bald so oder so ein Ende finden muß, gelassen ist, hierfür bietet jede Nummer der Deutschen Tageszeitung lauternde Belege. ...

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Die Nachricht, daß der Abg. Cräpferger beim Wieder- eintritt des Reichstags auf eigene Faust eine neue Programm- erklärung zu unternehmen beabsichtigt ist, ist, wie die Germania schreibt, sehr erfindlich. ...

Erhung des preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 3. Juni. Die Nord. Bl.ig. meldet: Das Königlich- preussische Staatsministerium trat heute vor Beginn der parlamentarischen Arbeiten zu einer Sitzung zusammen. ...

Keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht im Herrenhaus.

In der Deutschen Tageszeitung geben mehrere konservative Herren- haussmitglieder folgende Erklärung: ...

Ausgab der Einkommensteuer in Preußen.

Bei der Beratung der Budgetvorlage im Hauptauschuß des Reichstages teilte der präsidentliche Finanzminister bereits mit, daß er im Herbst eine Tabelle zur Einkommensteuer im preussischen Abgeordnetenhaus vorlegen gedenke. ...

Oesterreich-Ungarn.

Einberufung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 3. Juni. Der Ministerialrat hat nunmehr die Einberufung des Abgeordnetenhauses beschlossen. ...

Wetere für das Frauenstimmrecht.

Waburg, 1. Juni. Das langjährige Korrespondenz-Bureau meldet: Ministerpräsident Witzke erließ im Hinblick auf die im Wahlkreisgesetz erfolgte die Einberufung des Frauen- stimmrechts, er werde bei der Verhandlung im Bureau die Aufrechterhaltung der auf das Frauenstimmrecht bezüglichen Bestimmungen verlangen. ...

Deutscher Heeresbericht vom 3. Juni.

mit. Großes Hauptquartier, 3. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe von Generaloberst von Bülow. ...

Kamanten.

Die Friedenswahlen.

Berlin, 3. Juni. Die Wahlgenossenschaftlichen Par- lament, dem Senat und der Deputiertenkammer, finden in der Zeit vom 1. bis 2. Juni statt. ...

Stadtparlament Halle.

Die öffentliche Sitzung vom 3. Juni. ...

und jedem Dienstleistungen nicht überlassen. Bei dieser Be- ziehung bleiben Jahresbeimnahmen aus einer Vergrößerung im Reichs- hilfensitz bis zur Höhe von 1000 M. sowie Kriegs-, Vertriebungs- und ähnliche Ausgaben außer Acht. ...

Erzeugung der Schiffschiffen. Die Ammoniak-Ver- dampfer-Spiralen eines Kessels sind Schiffschiffen nicht schweb- lich. ...

Verteilung von Juten. Der Reichstag hat beschlossen, die im Rechnungsjahr 1917 aufzukommenden Juten für kleine Wohl- thätigkeits-Institute bestimmten Schwebischen Reichentums wie folgt zu verteilen: ...

Interpellation über die Arbeitslosigkeit. Genosse Ammer- schneider erhebt in voriger Sitzung zusammen mit etlichen anderen Abgeordneten geteilte Anträge, was der Reichstag zu tun ge- wisse, ...

Die Reichstagskommission hat über 11.000 Löhnen bei- wagt, das sei die Hälfte der notwendigen Bedeckung. ...

Einigen Heinen Ausweg viele die breite Abfuhr von den- selben. ...

Die Diskussion darüber zögerte sich in bestimmten Grenzen. ...

Die Diskussion darüber zögerte sich in bestimmten Grenzen. ...

Aus aller Welt.

Kriegslose-Sommer im großen. In einer kleinen Station bei ...

Der spanische Erdbeben. Bern, 4. Juni. Wie die Witter- ington, ...

Schwerer Flieger abstürzt. Genf, 4. Juni. Bei einem Un- fallung ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. ...

Außerordentliche Generalversammlung der Buchdrucker.

fr. Würzburg, 1. Juni.

In der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung wurde gemäß einem Antrag der am Donnerstag eingeleiteten Kommission folgender Beschluß gefaßt: Sollte bei Kriegsende von der Regierung bzw. von den Kommunen keine Vorzüge für die Unterbringung der Arbeitslosen getroffen werden, so ist der Verbandsovorstand ermächtigt, die Arbeitslosen-Unterstützung bis zu 50 Proz. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhöhung eines erhöhten Verbandsbeitrags. Es ist dann sofort eine entsprechende Kommission einzuberufen, welcher die weitere Erzielung der Forderung überlassen wird. Nach Beendigung des Krieges soll der Verbandsovorstand eine Auffstellung über das Verhältnis der kriegsbeschädigten Kollegen zur Organisation machen. Auf Grund des ermittelten Materials soll dann eine Gesamtschreibenskommission prüfen, inwieweit den in Bezug auf die Kriegsteilnehmer vorliegenden Anträgen Rechnung getragen werden kann.

Den wichtigsten Beratungsgegenstand des letzten Verhandlungstages bildete die Wahl der Verbandsleitung. Handelte es sich darum, für den verfallenden Vorjahres Döblin, der fast 30 Jahre an der Spitze des Verbandes gestanden hatte, Erfolg zu finden. Ein Grund der Vorzüge der Kandidatur dieses Mannes war die Tatsache, daß die Kommission welche die Generalversammlung einmütig durch Zufall den Kollegen Seig, seit 25 Jahren Gemeinverwalter in München, zum ersten Verbandsvorsitzenden ernannte, die Wahl des Seig, zum ersten Verbandsvorsitzenden ernannte. — Im übrigen wurde der bisherige Vorstand, ebenso die Rekrutierung wiedergeburt. Den von der Kommission ernannten wurde eine erweiterte Steuerungsgruppe bewilligt. Die Listen für die Delegierten werden am 20. Mai fertiggestellt. Allgemein wurde die vorzügliche Verpflegung der Delegierten in Würzburg dankbar anerkannt.

Zum Schluß der Verhandlungen wurde folgender Fall zur Sprache gebracht: Der Reichs-Interessierter Buchdruckervereinigungen (R.I.B.V.) in München, Reichsinteressenrat, vertritt den Kampf um die Rechte der Buchdrucker, welche eine gute Stellung, falls die Bewerber einen Keuers unterliegen, daß sie seit 12 Monaten keiner Organisation angehören. Die Generalversammlung hat sich demgegenüber die Auffassung, daß dieser Arbeitslosenunterstützung der Kriegsteilnehmer ausnimmt und sie herabsetzt, dem Angebot einer einheitlichen Arbeitslosenunterstützung, welche die Kriegsteilnehmer ausnimmt. Da alle Bekleideten des Reichs beim Reichsinteressenrat Generalkommando des 7. Armeekorps zu Württemberg gebildet sind, auch eine Besondere beim Kriegsministerium an der unvollständigen Erlangung des Generalkommandos nicht ändern konnte, ergab sich die Beschlüsse der Deutschen Arbeiterpartei, die Erlangung einer Generalamnestie des 7. Armeekorps öffentlich protestiert. Das Material soll der Generalkommission der Gewerkschaften, sowie Mitgliedern des Reichstages zur weiteren Befassung zur Verfügung gestellt werden.

Bekanntmachung.

Freibant-Verkauf.

Zum Freibant-Verkauf am 5. Juni 1918 werden die Anhaber folgender Nummern zugelassen:
 Am 7 Uhr Nr. 3341-3420, um 10 Uhr Nr. 3581-3660,
 „ 8 „ 3421-3500, „ 11 „ 3661-3740,
 „ 9 „ 3501-3580,
 „ 10 „ 3741-3820.
 Halle, den 3. Juni 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diesigen Kleinbändler, die von den Großfirmen E. Geisler & Co., Wilhelm Kreuzberg, Braun & Waag, Fr. Liebau, Otto Stone und J. J. Weber Markt, beliebert werden, haben den zur Verteilung kommenden Sirup am Dienstag, dem 4. Mittwoch, dem 5. und Donnerstag, dem 6. Juni bei diesen Firmen abzuholen. Die übrigen Kleinbändler werden später beliebert werden. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.
 Halle, den 3. Juni 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Beitellung und Anmeldung des Bedarfs an Drainageröhren.
 Die Fabrikation von Drainageröhren ist zu einem großen Teil früher für den Auslandsabtrieb tätig gewesen und hat den Wunsch, diesen Absatz, sobald als möglich zu, als bald wieder zu gewinnen. Da die Ausfuhr von Drainageröhren einer Genehmigungspflicht unterliegt, so ist es für die maßgebenden Stellen notwendig, zu wissen, inwieweit den Ausfuhranträgen ohne Schäden heimischer Interessen entsprochen werden kann. Für den einzelnen Landwirt wird es jetzt bereits möglich sein, zu übersehen, in welchem Umfang er Drainageröhren jetzt in im Besitz und kommenden Winter vorzunehmenden Früharbeiten benötigen wird. Die Landwirte werden deshalb ersucht, ihren Bedarf an Drainageröhren, den sie bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung 1919 benötigen, schon jetzt, spätestens bis 30. 6. 18 (kämliche Landwirte legen sich selbst der Gefahr aus, nicht genügend mit Drainageröhren beliebert zu werden) bei einer Firma ihres Vertrauens zu bestellen und von der erfolgten Bestellung dem Kriegswirtschaftsamt Magdeburg unter Angabe der Größtenlisten fortgesetzte Meldung zu erstatten. Die Meldung an das Kriegswirtschaftsamt ist unbedingt erforderlich, da nur auf diese Weise ein zusammenfassender Überblick über den Gesamtbedarf der deutschen Landwirte an Drainageröhren gewonnen werden kann. Die Landwirte werden in eigenem Interesse aufgefordert, die Meldungen pünktlich und vollständig (spätestens bis 30. 6. 18) zu erstatten, da andernfalls die Gefahr besteht, daß der Bedarf an Drainageröhren nicht hinreichend erfüllt wird und in zweitbestehenden Umfang Ausfuhrbedingungen erteilt werden, was später zu einem für die Landwirte nachteiligen Mangel an Drainageröhren führen kann.
 Halle, am 20. Mai 1918.
 Die Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtdreis Halle.

Bettfedern, Daunen fertige Betten
 empfiehlt [1008]
Eduard Graf, Halle
 Markt 11.

In seinem Vortrag hat Grahmann als besonders Charakteristisch die große Einmütigkeit hervor, mit der alle wesentlichen Beschlüsse bei der bedeutungsvollen Sitzung des Buchdrucker-Parlamentes gefaßt worden sind.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Drauerer- und Mühlenerbeiter in der Kriegszeit.

Der Arbeiterverband zuzug in der Brau-, Holz-, Mühlener- und Spiritusindustrie zur Produktionsbeschränkung. Durch ausgeübte Streckung der Betriebe wurde die Produktion in der Brauindustrie notwendig aufrechterhalten. Die Mühlenerindustrie steht als Mittelglied in der Volksernährung in einem anderen Verhältnis: was der Brauindustrie entzogen wird, kommt in der Hauptweise der Mühlenerindustrie zugute, aber auch hier vorwiegend die unzulängliche Menge an Rohmaterial eine erhebliche Beschränkung der Betriebsfähigkeit. Schimmer ist es in der Brau- und Mühlenerindustrie. Eine genaue Nachweisung liegt nicht vor, aber die Angabe, daß 50 Proz. der Betriebe stillstehen oder in andere aufgenommen sind, dürfte den Tatsachen gerecht werden.

So wurde das Tätigkeitsgebiet für den Verband eingegrenzt. Erst 24.511 Mühlener in den letzten Jahren des Krieges bis Ende 1917 konnte die Mitgliederzahl im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten nicht erhöht werden. Der Mitgliederbestand sank von 51.567 im 2. Quartal 1914 auf 17.502 Ende 1917. Der Abgang entspricht der Zahl der Einberufungen. Ein feiner Gehirnturm durch den Verband wurde am 3. Quartal 1917 an den Kriegsanfang, was nach dem Zeitpunkt an eine Ausnahme der Mitglieder eintrat, und zwar von 16.707 im 2. auf 17.502 im 4. Quartal. Somit dürfte auch der Verlust überschritten sein und wäre ein anhaltender Auftrieb zu erwarten, wenn nicht die ungeheure Vorkriegserzeugung, über die jetzt Beratungen stattfinden, die Erwartungen zunichte machen.

Die Beschlüsse des Verbandes fanden nicht entsprechend der Annahme der Mitglieder, weil zum 1. Januar 1915 die 1914 beschlossenen neuen Bestimmungen mit erhöhten Beiträgen in Kraft traten. Unter dem Einfluß der Einberufungen fielen die Einnahmen schon 1914, schon im ersten Kriegsjahr, übersteigen die Ausgaben mit 1.119.688 R. die Einnahmen. Der Verband hatte sämtliche inaktivierten Unterführungen in voller Höhe aufrechterhalten, auch die erhöhten Beiträge mit Inanspruchnahme der neuen Bestimmungen zum 1. Januar 1915, und hat außerdem die Mitgliedsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer, antwortend an die Ausgehenden. Das Defizit die Rolle erhellte. Im Jahre 1915 fand der Gewinn von 703.048 R., eine Ausgabe von 840.938 R., gegenüber, 1916: Einnahme 583.567 R., Ausgabe 688.642 R. Das Vermögen der Hauptstelle betrug 1.704.402 R. Ende 1913 auf 1.480.711 R. Ende 1916. Im Jahre fand, des Verbandsauschusses, der Vorsitzende und der Vertreter

1917 wurde mitgebracht die Kriegsergebnisunterstützung erheblich eingeschränkt werden, gleichzeitig ließ sich eine Reduzierung des Verbandsbeitrags erreichen. Die Beschlüsse des Verbandes am 10. Mai, pro Woche mit Wirkung ab 1. Oktober 1917, welcher Beschluß von den Mitgliedern allgemein als berechtigt und notwendig erkannt wurde, wies weder nicht wenig genig. Diese Maßnahmen zählten auch ein gewisses Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe, so daß das Jahr 1917 mit einem Überschuss der Einnahme der Hauptstelle um 42.837 R. abgab. Unterführungen wurden aus der Hauptstelle gezahlt zum Beginn des Krieges bis Ende 1917: 1.458.769 R. Darunter Kriegsergebnisunterstützung 701.795 R.

Die Beschlüsse zur Erhöhung des Einkommens für die Mitglieder wurden auch in der Kriegszeit keine Unterbrechung, sie konnten an Ausgaben infolge der zunehmenden Steuerungen. In den Jahren 1915, 1916 und 1917 wurden zusammen 1478 Steuerungen in 2659 Betrieben mit 80.546 beteiligten Personen durchgeführt, für den größten Teil der Personen mehrfach. Das Ergebnis der Bewegungen war eine Lohnsteigerung, größtenteils in Form von Zulagen und Zulagen, von 17.871.884 R. pro Jahr für 33.234 Personen. Daneben waren Lohnsteigerungen in großer Zahl zu verzeichnen. Erfolg hatten insgesamt 7900 Personen, 57 Bewegungen waren ohne Erfolg. Im Jahr 1917 fanden 5 Aufgussverfahren mit 148 Beteiligten und 6 Arbeitsstellen mit 98 Beteiligten statt, und zwar alle mit Erfolg.

Die zu Beginn des Krieges bestehenden Tarifverträge wurden allgemein bei Ablauf unter Erhöhung des Lohnes oder Gewinns von Zulagen und Zulagen überführt. Der Verband Ende 1917 hat 706 Tarifverträge für 1824 Betriebe mit 88.061 beschäftigten Personen. Es muß anerkannt werden, daß der Verband seine Pflicht erfüllt hat, soweit es nach Lage der Verhältnisse überhaupt möglich war. Den Mitgliedern in der Heimat und an der Front und auch deren Angehörigen gegenüber. Und daß er auch bei diesen Vorkäufen getroffen hat, die gewerkschaftliche Aktion, sobald die Zeit dazu da ist, wieder in exterritorialer Umfang und mit Erfolg aufnehmen zu können.

Rechtssprechung.

Reichsgericht.

II. Zivilabteilung. In dem am 31. März 1918 befugte das Reichsgericht in dem Namen des Reichs Rat Dr. Zerkow befehle wegen Zerkow's und seiner Frau aus dem Lande der bürgerlichen Ehrenrechte. Er hatte am 31. März 1912 in Breslau den Rechtsanwalt Julius Pfeiffer erlassen und ihm die Vertretung beauftragt. Eine gegen das Urteil erhobene Beschwerde wurde im Hinblick auf die in dem Urteil enthaltenen Bestimmungen über die Vertretung beauftragt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet und bestätigte damit das Landesurteil.

„Kalzfrunk“

Aus der Calciumquelle Hubertusbad, Thale

Bietet, bei den Mahlzeiten getrunken, besten Ersatz für den bei der jetzigen Ernährung fehlenden Kalkgehalt der Speisen!
 Ist das erfrischendste, gesundheitlich vordrücklichste Getränk für kranke, schwächliche, nervöse Konstitutionen!
 Ist das geeignetste Getränk gegen die Krankheiten des Alters und für Kinder!

Bietet den besten Ersatz für die jetzt fehlenden Getränke!
 Uebertrifft an Bekömmlichkeit alle Limonaden, alkoholfreien Getränke und Mineralwasser!

Generalvertrieb für Halle und Umgegend:

Wilhelm Rauchfuß' Brauereien
 Fernruf 5827 und 5828 [1218]

Durchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belohnend und unterhaltend Charakter:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Vertretung der Interessen der schaffenden Klassen.
 Einzelnummer 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen 1 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenschnitt / Franzenschnitt / Praktische Damenschnitt Hausseidener / Samtgestaltung / Deutsche Modenschnitt

Schlösser Schmiede

1220) und werden eingestellt
Wienrich & Co.
 Feldbahnfabrik
 Halle a. S.
 Merseburger Straße 54 K.

Eine sorgenfreie Zukunft

was die Ernährung anbelangt, verbürgt der Gebrauch unseres Dampfkeimkapselapparates. Er hat ganz besondere Vorzüge: schließt die Gläser unbedingt fest, garantiert für jahrelanges Frischhalten von Obst, Gemüse und Fleisch, spart bedeutend an Zeit und Brennstoff. [1226] Auskunft unsonst.

Unsere Einküchler passen zu jedem vorrätigen Apparat.
C. F. Ritter,
 Halle a. S., Leipziger Straße 90.

Wittekind

altberühmtes Solbad in anmutiger, gesünder Lage im Nord von Halle S. Sol-Kohlensäure mit echter Schwefelwasserberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zeisewitzpark auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebelstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachmittags und Bergschenke. Wohnungen im Kurhaus und in den Villen des Bades. Arztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mebus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von demselben verwaltet. Der reichhaltige Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6644. Sächsenrat: Fernruf Nr. 2875 (für Bestellung der Bäder). [1008]



